



Universiteit  
Leiden  
The Netherlands

## Wie institutionelle Hürden die soziale Selektivität der Wahl verschärfen: Das Beispiel von Formfehlern bei der Briefwahl

Nyhuis, D.; Harmening, M.; Swalve, T.

### Citation

Nyhuis, D., Harmening, M., & Swalve, T. (2024). Wie institutionelle Hürden die soziale Selektivität der Wahl verschärfen: Das Beispiel von Formfehlern bei der Briefwahl. *Swiss Political Science Review*, 30(3), 309-324.  
doi:10.1111/spsr.12609

Version: Publisher's Version

License: [Creative Commons CC BY-NC-ND 4.0 license](#)

Downloaded from: <https://hdl.handle.net/1887/4107960>

**Note:** To cite this publication please use the final published version (if applicable).

# Wie institutionelle Hürden die soziale Selektivität der Wahl verschärfen: Das Beispiel von Formfehlern bei der Briefwahl

Dominic Nyhuis  | Morten Harmening  | Tilko Swalve 

Leibniz Universität Hannover

## Correspondence

Morten Harmening, Institut für Politikwissenschaft, Leibniz Universität Hannover, Schneiderberg 50, 30167 Hannover.  
Email: [m.harmening@ipw.uni-hannover.de](mailto:m.harmening@ipw.uni-hannover.de)

## Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Beliebtheit der Briefwahl untersucht diese Arbeit mögliche negative Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Zusammensetzung der Wählerschaft. Da die Briefwahl komplexer ist als die Urnenwahl, bestehen bei der Briefwahl mehr Fehlerquellen, die zum Ausschluss des Wahlbriefes führen können. Dabei trifft die höhere Fehleranfälligkeit der Briefwahl die Wählerschaft jedoch nicht gleichermaßen, sondern führt wahrscheinlicher zum Ausschluss von Wahlbriefen in sozial benachteiligten Wählerschichten und trägt somit zu einer Verschärfung der bestehenden sozialen Selektivität der Wahlteilnahme bei. Eine empirische Analyse von kleinräumigen Daten aus der Stadt Bremen bekräftigt diese Erwartung.

## KEYWORDS

Elections, Germany, Political participation, Voting by mail

## Abstract

While voting by mail is more convenient than voting in person, it is more complex and therefore more prone to error. This research note examines the extent to which this barrier has a negative impact on the composition of the electorate. It is argued that the higher complexity does not affect all voters equally, but that socially disadvantaged groups tend to make disproportionately more errors when voting by mail, leading to the rejection of the mail ballot. Consequently, voting by mail contributes to an exacerbation of the existing social selectivity of voter participation.

This is an open access article under the terms of the [Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) License, which permits use and distribution in any medium, provided the original work is properly cited, the use is non-commercial and no modifications or adaptations are made.

© 2024 The Author(s). *Swiss Political Science Review* published by John Wiley & Sons Ltd on behalf of Swiss Political Science Association.

We analyse this relation using small-scale data from the city of Bremen, which confirm these expectations.

### Résumé

Dans le contexte de la popularité grandissante du vote par correspondance, ce travail examine les éventuels effets négatifs de cette évolution sur la composition de l'électorat. Le vote par correspondance étant plus complexe que le vote à l'urne, les sources d'erreur y sont plus nombreuses, ce qui peut mener à l'exclusion de certains bulletins de vote. Le risque d'erreur plus élevé du vote par correspondance n'affecte cependant pas tout l'électorat de la même manière, mais conduit plus probablement à l'exclusion des lettres de vote dans les couches d'électeurs socialement défavorisées et contribue ainsi à une aggravation de la sélectivité sociale de la participation électorale. Une analyse des données à petite échelle de la ville de Brême soutient cette hypothèse.

### Riassunto

Considerando la crescente popolarità del voto per corrispondenza, questo articolo analizza i possibili effetti negativi di tale sviluppo sulla composizione dell'elettorato. Poiché il voto per corrispondenza è più complesso di quello alle urne, vi sono più possibilità di errori che possono rendere invalida la scheda elettorale inviata per posta. Tuttavia, tali errori non concernono in egual misura tutto l'elettorato: è infatti più probabile che li faccia quella parte dell'elettorato che è socialmente svantaggiata. Ciò contribuisce a intensificare la già esistente selettività sociale nella partecipazione elettorale. Un'analisi di dati su piccola scala della città di Brema conferma questa tesi.

## EINFÜHRUNG

Seit einigen Jahren wird in der Politikwissenschaft intensiv über die soziale Selektivität der Wahl diskutiert (Schäfer, 2011; Schäfer & Roßteutscher, 2015). In Folge sinkender Wahlbeteiligungsquoten treten bestehende Ungleichheiten immer deutlicher zutage, da sich vor allem Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem sozialen Status seltener an der Wahl beteiligen (Armingeon & Schädel, 2015; Gallego, 2007; Schäfer et al., 2016), was mit politischen Repräsentationsdefiziten für diese Wählerschichten einhergeht (Elsässer et al., 2021; Gilens, 2005).

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Debatte um die Effekte institutioneller Hürden auf die Stimmabgabe zunehmend an Bedeutung. Die Durchführung einer Wahl erfordert zahlreiche Entscheidungen über die konkrete Ausgestaltung des Wahlaktes. In der Forschung wächst das Bewusstsein, dass sich viele dieser Entscheidungen systematisch auf die Stimmabgabe auswirken, sei es auf die Teilnahmeentscheidung (James, 2010) oder auf den Anteil ungültiger Stimmen (Alvarez et al., 2008; Kimball & Kropf, 2005). Selbst vermeintlich kleine Hürden können die Wahl erschweren und die Zahl abgegebener oder gültiger Stimmen beeinflussen. Dabei treffen institutionelle Hürden die Wählerschaft jedoch nicht gleichermaßen, sondern vor allem

Wählerinnen und Wähler, deren Stimmen im politischen Prozess ohnehin weniger Gehör finden (Bhatti, 2012; Cantoni, 2020; Pachón et al., 2017). Somit besitzen institutionelle Hürden das Potenzial, die bestehende soziale Selektivität der Wahl weiter zu verschärfen.

In der vorliegenden Arbeit wird diese Problematik mit Blick auf die Briefwahl diskutiert. Die Briefwahl ist den vergangenen Jahren immer beliebter geworden und mittlerweile wird bei deutschen Wahlen regelmäßig rund jede dritte Stimme per Wahlbrief abgegeben (Wagner & Lichteblau, 2022) – bei der Bundestagswahl 2021 gar fast jede zweite. Vor allem die Covid-19-Pandemie hat zu einer deutlichen Zunahme der Briefwahl geführt. So hat sich etwa bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg 2021 der Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler im Vergleich zur Vorwahl verdoppelt (Eith & Waldvogel, 2021; Heinrich et al., 2021). In Bayern wurde sogar die gesamte kommunale Stichwahl 2021 ausschließlich per Briefwahl durchgeführt (Pollex et al., 2021). Während Wählerinnen und Wähler die Bequemlichkeit der Briefwahl schätzen, so hat diese Entwicklung doch bedenkenswerte Folgen. Die Briefwahl ist deutlich komplexer als die Urnenwahl, sodass hier zusätzliche Fehlerquellen bestehen, die zur Nichtwertung der Stimme führen können. Konkret werden in diesem Beitrag Formfehler bei der Briefwahl betrachtet, die der eigentlichen Stimmabgabe vorgelagert sind und die zur Zurückweisung des Wahlbriefs führen, bevor es überhaupt zur Auszählung des Stimmzettels kommt. Im Zentrum steht dabei die Erwartung, dass institutionelle Hürden sich nicht gleichförmig auf die Wählerschaft auswirken, sondern überdurchschnittlich häufig zum Ausschluss von Stimmen in Gegenden relativer struktureller Deprivation führen.

Neben der Forschung über die soziale Selektivität der Wahlteilnahme knüpft der Beitrag an zwei Literatursträngen an, zu denen überraschend wenig bekannt ist: Zum einen zur Briefwahl, zum anderen zu ungültigen Stimmen. Der Schwerpunkt der Forschung zur Briefwahl liegt auf den soziodemographischen Merkmalen der Briefwählerinnen und Briefwähler (Giebler, 2014; Lichteblau & Wagner, 2019; Wagner & Lichteblau, 2022), sowie auf konzeptionellen Überlegungen über die Briefwahl (Buchstein, 2000; Kersting, 2019). Die praktischen Aspekte der Briefwahl wurden dagegen bisher kaum beachtet. Die Frage nach Formfehlern bei der Briefwahl wurde vermutlich auch deshalb nicht beachtet, da die Wahlstatistik häufig keine Angaben über die Anzahl der wegen Formfehlern zurückgewiesenen Wahlbriefe macht, so zum Beispiel in Deutschland, Österreich oder der Schweiz. Dadurch ergibt sich eine Dunkelziffer ungewerteter Briefwahlstimmen, deren Anteil zumeist oberhalb des Anteils ungültiger Urnenwahlstimmen liegt (Nyhuis, 2021). Damit einher geht ein fehlendes Bewusstsein für mögliche Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und Formfehlern bei der Briefwahl, die im Fokus der vorliegenden Arbeit stehen.

Der zweite Bezugspunkt dieses Beitrags ist die Literatur zur ungültigen Stimmabgabe (Fatke & Heinsohn, 2017; Kouba & Lysek, 2019). Im Zentrum der Forschung zu ungültigen Stimmen steht die Frage, ob ungültige Stimmen sich eher auf Wählerirrtum oder auf eine bewusste Wählerentscheidung zurückführen lassen. Mit Blick auf deutsche Wahlen hat die Forschung gezeigt, dass Stimmen häufig bewusst ungültig abgegeben werden (Baasen, 2005). Zu unterscheiden ist hier allerdings zwischen ungültigen Stimmen, die sich allein auf den Stimmzettel beziehen und Formfehlern, die der eigentlichen Stimmabgabe vorgelagert sind. Im Gegensatz zu bewusst ungültigen Stimmen, bei denen Wählerinnen und Wähler etwa den gesamten Stimmzettel durchstreichen oder den Stimmzettel mit einer Notiz versehen (Baasen, 2005, p. 333), ist Wählerirrtum für Formfehler die näherliegende Erklärung, gerade weil zurückgewiesene Wahlbriefe im Gegensatz zu ungültigen Stimmen in der Wahlstatistik nicht ausgewiesen werden und somit unsichtbar bleiben.

Zur Untersuchung der sozialstrukturellen Determinanten von Formfehlern bei der Briefwahl wird im folgenden Abschnitt zunächst das Problem der sozialen Selektivität der Wahl ausgeführt, bevor der verstärkende Effekt institutioneller Hürden auf die Wahlbeteiligung und das Ausmaß ungültiger Stimmen in den Blick genommen wird. Basierend auf Erkenntnissen aus der Forschung zu ungültigen Stimmen wird argumentiert, dass strukturell benachteiligte

Wählerinnen und Wähler aufgrund der Komplexität der Briefwahl häufiger Formfehler machen als privilegierte Wählerinnen und Wähler.

Für die empirische Analyse werden kleinräumige Daten über zurückgewiesene Wahlbriefe bei drei Wahlen in der Stadt Bremen herangezogen. Die Datenbasis erlaubt es, die zurückgewiesenen Wahlbriefe auf der Ebene der Ortsteile mit verschiedenen Sozialstrukturindikatoren in Beziehung zu setzen. Wie in anderen Bundesländern ist die Wahlbeteiligung auch in Bremen seit Jahrzehnten rückläufig. Bremen ist im bundesweiten Vergleich zudem stark von struktureller Deprivation betroffen, was sich auch in der Wahlbeteiligung niedergeschlagen hat, die in Bremen zeitweise deutlich unterhalb der Wahlbeteiligung in anderen Bundesländern lag. Zugleich ist die Wahlbeteiligung in Bremen durch eine hohe Varianz zwischen den Ortsteilen gekennzeichnet, welche auf die unterschiedliche Sozialstruktur der Bremer Ortsteile zurückgeführt werden kann (Krimmel, 2022). Das hohe Maß an Varianz der strukturellen Deprivation macht Bremen zu einem geeigneten Fallbeispiel, um den Effekt von sozialstrukturellen Merkmalen auf die zurückgewiesenen Wahlbriefe zu untersuchen.

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass in Ortsteilen mit hoher struktureller Deprivation signifikant mehr Stimmen aufgrund von Formfehlern verloren gehen. Die Arbeit schließt mit der Empfehlung, die Eignung des deutschen Briefwahlverfahrens zu prüfen und nach Möglichkeit zu vereinfachen, um Effekte der Briefwahl auf die soziale Selektivität der Wählerschaft zu verringern.

## INSTITUTIONELLE HÜRDEN UND DIE ZUSAMMENSETZUNG DER WÄHLERSCHAFT

Im Zuge der sinkenden Wahlbeteiligung machen vor allem sozial benachteiligte Wählerinnen und Wähler immer seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Zugleich wurden neue Partizipationsformen etabliert (Kersting, 2008; Vetter, 2008), nicht zuletzt auch um der sinkenden Wahlbeteiligung und einer skeptischeren Haltung gegenüber (Partei-)Politik zu begegnen. Kritische Stimmen argumentieren, dass zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten die Ungleichheiten in der Partizipation noch verstärken, da sie vor allem von Bürgerinnen und Bürgern mit hohem Sozialstatus genutzt werden (Linden, 2016; Schäfer & Schoen, 2013).

Mit Blick auf die soziale Selektivität politischer Partizipation ist entscheidend, dass sich bestimmte Wählerinnen und Wähler nicht nur seltener an der Wahl beteiligen, sondern auch häufiger ungültige Stimmen abgeben (Buchler et al., 2004; Herron & Sekhon, 2003; Knack & Kropf, 2003; Sinclair & Alvarez, 2004; Tomz & van Houweling, 2003). Zudem gibt es deutliche Hinweise darauf, dass institutionelle Wahlhürden Wählerinnen und Wähler mit niedrigem Sozialstatus stärker treffen (Bhatti, 2012; Cantoni, 2020; Pachón et al., 2017). So zeigen etwa Kimball und Kropf (2005), dass Gestaltungsmängel bei Stimmzetteln wie zum Beispiel schlecht lesbare Wahlanweisungen oder eine ungeschickte Anordnung graphischer Elemente den Anteil fehlerhafter Stimmen erhöhen und dass sich solche Gestaltungsmängel besonders stark bei gesellschaftlichen Minderheiten auswirken. Auch die Komplexität des Wahlsystems stellt eine nicht zu unterschätzende Wahlhürde dar. So zeigt beispielsweise Nyhuis (2014), dass die Einführung des Kumulierens und Panaschieren bei hessischen Kommunalwahlen nicht nur den Anteil ungültiger Stimmen erhöht hat, sondern dass dieser Effekt sozial deprivierte Wählerinnen und Wähler besonders stark getroffen hat. In einer der wenigen Arbeiten zu Formfehlern bei der Briefwahl zeigen Alvarez und Kollegen (2008) am Beispiel einer Wahl in Los Angeles, dass Angehörige ethnischer Minderheiten überzufällig häufig fehlerhafte Wahlbriefe einreichen. In Summe gibt es somit deutliche Anzeichen dafür, dass institutionelle Wahlhürden die bestehende soziale Selektivität der Wahl weiter verschärfen, indem sie bestimmte Wählergruppen systematisch von der Wahl ausschließen.

Dabei können ungültige Stimmabgaben allerdings unterschiedliche Ursachen haben. Einerseits können Wählerinnen und Wähler bewusst ungültige Stimmen abgeben, um ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen. Andererseits können Stimmzettel auch unbeabsichtigt ungültig abgegeben werden. Während beide Ursachen als Erklärung für ungültige Stimmzettel denkbar sind, scheinen Formfehler als Protesthandlung weniger plausibel. Aufgrund von Formfehlern zurückgewiesene Stimmzettel gelten nicht als ungültig und erhalten somit auch keine öffentliche Aufmerksamkeit. Folglich sollten Protestwählerinnen und -wähler zumeist kein Interesse an der Verursachung von Formfehlern haben. Es liegt daher nahe, dass es sich bei Formfehlern häufig um unbeabsichtigte Fehler handelt.

In diesem Beitrag wird argumentiert, dass unbeabsichtigt fehlerhafte Stimmen nicht alle Wählerinnen und Wähler gleichermaßen treffen, sondern dass strukturell deprivierte Wählerinnen und Wähler systematisch häufiger durch Formfehler von der Wahl ausgeschlossen werden. Im Hinblick auf soziale Deprivation kann dabei zwischen subjektiver und objektiver Deprivation unterschieden werden. Während die subjektive Deprivation ein Gefühl der Benachteiligung beschreibt, legt die objektive Deprivation den Fokus auf die faktische materielle Benachteiligung (Rippel & Baier, 2005). Während beide Dimensionen ohne Zweifel miteinander im Zusammenhang stehen, liegt der Fokus der vorliegenden Untersuchung auf der objektiven strukturellen Deprivation.

Ein zentraler Mechanismus für den Zusammenhang zwischen struktureller Deprivation und der ungültigen Stimmabgabe ist die mangelnde Vertrautheit mit dem Wahlakt. Da betroffene Wählerinnen und Wähler seltener politisch partizipieren, sind sie weniger sicher im Umgang mit der Wahl und machen daher häufiger Fehler bei der Stimmabgabe (Martinez I Coma & Werner, 2019). Darüber hinaus sind strukturell deprivierte Wählerinnen und Wähler aufgrund sozialer Herkunftseffekte von strukturellen Bildungsungleichheiten betroffen. Weniger gebildeten Wählerinnen und Wählern kann es mitunter schwerer fallen, den Wahlanweisungen zu folgen, was ebenfalls zu Fehlern führen kann (McAllister & Makkai, 1993).

Wir argumentieren, dass beiden Mechanismen – die Vertrautheit mit dem Wahlakt und die Fähigkeit, den Wahlanweisungen zu folgen – im Kontext von Formfehlern bei der Briefwahl eine größere Bedeutung zukommt als bei der Urnenwahl, da die Stimmabgabe per Brief komplexer ist als die Stimmabgabe an der Urne (Nyhuis, 2021). Wählerinnen und Wähler müssen neben dem eigentlichen Stimmzettel weitere Wahlunterlagen bearbeiten, den Stimmzettel und die Unterlagen ordnungsgemäß verschließen und den Wahlbrief fristgerecht versenden. Deshalb ist eine höhere Kompetenz der Wählerinnen und Wähler erforderlich, um mit den Herausforderungen im Wahlprozess umgehen zu können. Zusammenfassend erwarten wir, dass Formfehler bei der Briefwahl besonders häufig in Gegenden hoher struktureller Deprivation auftreten.

## DATEN UND METHODEN

### Formfehler bei der Briefwahl

Ein Wahlbrief besteht in Deutschland aus vier Bestandteilen – dem Wahlschein, dem Stimmzettel, dem Stimmzettelumschlag und dem Wahlbriefumschlag. Zusammen mit den Wahlbriefunterlagen erhalten die Wählerinnen und Wähler ein Informationsblatt, welches das Briefwahlverfahren darstellt. Zur Wahl zugelassen werden Wahlbriefe, bei denen sich der Stimmzettel im verschlossenen Stimmzettelumschlag befindet und der Stimmzettelumschlag gemeinsam mit dem unterschriebenen Wahlschein in den ebenfalls verschlossenen Wahlbriefumschlag gelegt wurde.

Die meisten deutschen Wahlgesetze nennen acht Gründe, weshalb ein Wahlbrief zurückzuweisen ist, die grob in zwei Kategorien unterteilt werden können: zum einen

Probleme mit dem Wahlschein (beispielsweise fehlender Wahlschein, fehlende Unterschrift auf dem Wahlschein), zum anderen das Wahlgeheimnis gefährdende Wahlbriefe (beispielsweise nicht verschlossene Wahlbriefe, kein amtlicher Stimmzettelumschlag). Darüber hinaus werden Wahlbriefe zurückgewiesen, wenn dem Wahlbrief kein Stimmzettelumschlag beiliegt und wenn Wahlbriefe nach Schließung der Wahllokale eingehen. In der Praxis wird die große Mehrheit der Wahlbriefe aufgrund von Problemen mit dem Wahlschein zurückgewiesen (Knop, 2002; Nyhuis, 2021). Die genannten Zurückweisungsgründe gelten ebenfalls in Bremen. Hier müssen Wählerinnen und Wähler den unterschriebenen Wahlschein und den verschlossenen Stimmzettelumschlag in den Versandumschlag legen. Der verschlossene Versandumschlag muss am Wahltag bis spätestens 18 Uhr bei der Wahlbehörde eingehen (§ 29 Bremisches Wahlgesetz). Wahlbriefe werden zurückgewiesen, wenn die Unterschrift auf dem Wahlschein fehlt, die Briefwahlunterlagen nicht ordnungsgemäß zusammengestellt wurden oder die Unterlagen zu spät eingehen.

## Datenbasis

Während Formfehler bei der Briefwahl in der deutschen Wahlstatistik nicht ausgewiesen werden, liegen entsprechende Daten in den Wahlämtern durchaus vor. Entscheidungen über die Zurückweisung von Wahlbriefen werden durch die Wahlleitungen in den Wahlbezirken getroffen und in Niederschriften dokumentiert. Diese Daten werden jedoch nicht veröffentlicht und stehen somit im Regelfall nicht für die empirische Forschung zur Verfügung.

Um die Effekte von Formfehlern auf die Zusammensetzung der Wählerschaft untersuchen zu können, wird in dieser Arbeit auf Daten aus der Stadt Bremen zurückgegriffen. Dazu wurden die Niederschriften aus den Briefwahlbezirken bei der Bundestagswahl 2017 sowie der Bürgerschafts- und Europawahl 2019 ausgewertet und die Zahl der zurückgewiesenen Wahlbriefe in den einzelnen Wahlbezirken festgehalten. Die benötigten Daten wurden vom Statistischen Landesamt Bremen zusammengetragen und für die Analyse zur Verfügung gestellt. Die Daten wurden in einem zweiten Schritt auf Ebene der 74 Bremer Ortsteile aggregiert, um den Zusammenhang zwischen den Strukturmerkmalen der Bremer Ortsteile und der Häufigkeit von Formfehlern bei der Briefwahl betrachten zu können (Nyhuis et al., 2024).

Die Ortsteile stellen in Bremen die kleinste Verwaltungseinheit dar. Die Ortsteile sind Stadtteilen zugeordnet, die ihrerseits in fünf Stadtbezirken liegen. Aufgrund der mittlerweile großen Zahl an Briefwählerinnen und Briefwählern werden in vielen Ortsteilen mehrere Briefwahlbezirke eingerichtet, sodass die Briefwahlbezirke einen noch kleinteiligeren Blick auf Formfehler bei der Briefwahl erlauben würden. In dieser Arbeit wird von dieser Möglichkeit jedoch abgesehen, da die Strukturmerkmale nur für die Ortsteile und die höheren Verwaltungseinheiten verfügbar sind. Die Datenbasis erlaubt also eine Analyse mit Aggregatdaten auf Ebene der 74 Ortsteile bei drei Wahlen.

Ein Vorteil der Analyse kleinräumiger Verwaltungseinheiten innerhalb einer Großstadt im Gegensatz zur vergleichenden Analyse mehrerer Gemeinden besteht darin, dass Ortsteile in Großstädten sozialstrukturell vergleichsweise homogene Einheiten darstellen, die sich zwischen den Ortsteilen stark voneinander unterscheiden (Alisch, 2018; Friedrichs & Triemer, 2009). Deshalb treten die sozialstrukturellen Korrelate von Wahlverhalten besonders deutlich hervor, während der politische Kontext einer Wahl konstant gehalten werden kann. Bremen im Speziellen eignet sich für die Analyse von Deprivationseffekten, da die Stadtteile im Hinblick auf Strukturmerkmale eine hohe Varianz aufweisen. Während etwa 34 Prozent der Ortsteile unterhalb der bundesweiten SGB-II-Quote von 8.3 Prozent liegen (Bundesamt für Statistik, 2020), sind andere Gegenden von extremer Deprivation betroffen. So weisen 17 der 74 Ortsteile einen Wert von über 20 Prozent auf.

## Variablen und Untersuchungsdesign

Das Interesse dieser Arbeit ist die Frage, ob in strukturell deprivierten Ortsteilen mehr Stimmen aufgrund von Formfehlern verloren gehen. Folglich ist die abhängige Variable der Anteil zurückgewiesener Wahlbriefe in den Bremer Ortsteilen. Dazu wird die Zahl zurückgewiesener Wahlbriefe in Bezug zu den eingegangenen Wahlbriefen gesetzt, also der Summe aus angenommenen und zurückgewiesenen Wahlbriefen. Hierbei handelt es sich um eine ungewöhnliche Prozentuierungsbasis, da ungültige Brief- und Urnenwahlstimmen in der Wahlstatistik üblicherweise relativ zur Wählerzahl ausgewiesen werden. Da zurückgewiesene Wahlbriefe jedoch als nicht abgegebene Stimmen gewertet werden, sind sie in der Wählerzahl nicht berücksichtigt. Aus diesem Grund werden die eingegangenen Wahlbriefe zur Berechnung von Anteilen verwendet, um die Vergleichbarkeit der Daten zwischen den verschiedenen Wahlbezirken sicherzustellen. Es ist anzumerken, dass die ausgewerteten Daten das Phänomen zurückgewiesener Wahlbriefe unterschätzen. Die Zahl zurückgewiesener Wahlbriefe ist den Niederschriften entnommen, die von den Wahlvorständen in den Wahlbezirken unmittelbar nach der Auszählung der Wahl angefertigt werden. Zum Zeitpunkt der Auszählung liegen naturgemäß keine verspätet eingegangenen Wahlbriefe vor, die in den Niederschriften deshalb nicht berücksichtigt und auch nicht nachgetragen werden. Folglich liegen die tatsächlichen Zurückweisungsquoten höher als hier ausgewiesen. Dabei kann keine Aussage darüber getroffen werden, ob verspätet eingegangene Wahlbriefe in bestimmten Ortsteilen überzufällig häufig auftreten.<sup>1</sup>

Wir erwarten einen systematisch erhöhten Anteil von Wahlbriefen mit Formfehlern in strukturell deprivierten Gegenden. Es wird erwartet, dass strukturell deprivierte Wählerinnen und Wähler mit dem Wahlsystem weniger vertraut sind und wahrscheinlicher Schwierigkeiten mit der erhöhten Komplexität des Briefwahlsystems haben. Beide Mechanismen basieren nicht auf einem Gefühl der Deprivation (subjektive Deprivation), sondern werden durch strukturelle Benachteiligung (objektive Deprivation) hervorgerufen. Strukturelle Deprivation betrifft insbesondere die Benachteiligung in Bezug auf ökonomische Ressourcen (Rippel & Baier, 2005). Aus diesem Grund wird der Zusammenhang in dieser Arbeit mithilfe von drei Indikatoren überprüft: der Arbeitslosenquote, dem Anteil von Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern nach dem Sozialgesetzbuch II und dem Steueraufkommen. Zudem werden die Variablen mit einer Hauptkomponentenanalyse zu einem Deprivationsindex zusammengefasst.<sup>2</sup> Das kleinräumige Bildungsniveau als weiteres naheliegendes Strukturmerkmal ist nicht Teil der kleinräumigen Statistik.<sup>3</sup>

Die deskriptiven Statistiken der abhängigen und unabhängigen Variablen sind in [Tabelle 1](#) dargestellt. Mit einem Durchschnittswert von 2.6 Prozent und einer Standardabweichung von 1.0 weisen die Werte für zurückgewiesene Wahlbriefe eine ähnliche Größenordnung wie in der bisherigen Forschung auf (Nyhuis, 2021). Dabei besteht eine erhebliche Varianz zwischen den Bremer Ortsteilen. Während die Wahlleitungen in einem Fall alle rechtzeitig eingegangenen

<sup>1</sup>Als Orientierungspunkt für die Größenordnung des unterschätzten Anteils zurückgewiesener Briefwahlstimmen sei auf eine Auswertung von Daten aus der Stadt Wiesbaden verwiesen (Hellmann et al., 2021). Bei Wiesbadener Wahlen zwischen der Bundestagswahl 1976 und der Europawahl 2019 wurden im Durchschnitt 19,3 Prozent aller Wahlbriefe wegen verspäteten Eingangs zurückgewiesen. Dabei weist die Stadt Wiesbaden eine typische Zurückweisungsquote von durchschnittlich 2,9 Prozent aller Wahlbriefe aus, die dem Mittelwert der hier untersuchten Wahlen entspricht (siehe [Tabelle 1](#)).

<sup>2</sup>Ein höherer Indexwert entspricht einer höheren Deprivation. Der Anteil Arbeitsloser sowie der Anteil der SGB II-Empfängerinnen und Empfänger ist positiv mit dem Ergebnis der Hauptkomponentenanalyse korreliert ( $r = 0.95$  und  $r = 0.94$ ), während das Steueraufkommen negativ mit dem Indikator korreliert ( $r = -0.78$ ).

<sup>3</sup>Die kleinräumige Statistik bietet lediglich Informationen über die Schulabgängerinnen und Schulabgänger eines Jahrgangs. Obwohl es sich bei dieser Maßzahl um einen eher groben Indikator für das kleinräumige Bildungsniveau handelt, wurden die Analysen für die Schulabgängerquote repliziert. Dabei bleiben die substantiellen Befunde unverändert. In besser gebildeten Ortsteilen gehen weniger Wahlbriefe durch Formfehler verloren als in weniger gebildeten Ortsteilen. Die zugehörige Analyse ist im Anhang wiedergegeben.



TABELLE 1 Abhängige und unabhängige Variablen.

	Mittelwert	Standardabweichung	Minimum	Maximum
Anteil zurückgewiesener Wahlbriefe	2.6	1.0	0.0	6.8
Anteil Arbeitslose	4.6	2.2	1.1	10.8
Anteil SGB II-Empfänger/innen	13.0	7.7	1.1	30.3
Steueraufkommen	5.9	4.9	1.9	30.9
Strukturelle Deprivation	0.0	1.6	-4.3	3.4

Bemerkung: Das Steueraufkommen wurde gemessen als der Median der Lohn- und Einkommensteuer je Steuerpflichtigen in 1.000 Euro.

Wahlbriefe angenommen haben, wurde in immerhin sieben Fällen mehr als jeder zwanzigste Wahlbrief zurückgewiesen.

Ob Wahlbriefe in Ortsteilen mit bestimmten Strukturmerkmalen besonders häufig zurückgewiesen werden, wird in dieser Arbeit durch lineare Regressionsmodelle mit geclusterten Standardfehlern für die Ortsteile und fixen Effekten für den Wahlgang untersucht. Hier ergeben sich zwei methodische Herausforderungen. Wie bei allen Analysen mit Aggregatdaten besteht das Problem des ökologischen Fehlschlusses, sodass von Zusammenhängen auf Ebene der Ortsteile nicht auf individuelle Zusammenhänge geschlossen werden kann.

Zudem besteht die Frage nach möglichen Selektionseffekten, die bei der Briefwahl an zwei Stellen auftreten können. Zum einen machen nicht alle Wählerinnen und Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch, zum anderen nimmt nur eine Teilmenge der Wählerinnen und Wähler ihr Wahlrecht über die Briefwahl wahr. Es ist davon auszugehen, dass derartige Selektionseffekte eher zu einer Unterschätzung der Effekte von Strukturmerkmalen auf Formfehler bei der Briefwahl führen. Aufgrund der bekannten Zusammenhänge zwischen dem Bildungsniveau und dem sozioökonomischen Status und der Wahlteilnahme einerseits (Faas, 2013; Nie et al., 1996; Schäfer et al., 2016; Wolfinger & Rosenstone, 1980) sowie der Briefwahl andererseits (Barreto et al., 2006; Ellermann, 2004; Giebler, 2014; Karp & Banducci, 2001; Lichteblau & Wagner, 2019; Wagner & Lichteblau, 2022) ist anzunehmen, dass die Briefwählerinnen und -wähler in den Bremer Ortsteilen tendenziell einen höheren sozioökonomischen Status aufweisen als es die einbezogenen Strukturmerkmale vermuten lassen. Wenn also der Anteil von Wahlbriefen mit Formfehlern in Gegenden hoher struktureller Deprivation trotz der zu erwartenden Selektionseffekte systematisch höher liegt, dann unterschätzen die Effekte die tatsächlichen Folgen sozialstruktureller Deprivation auf Formfehler eher, als dass sie in ihn überschätzen.

## KLEINRÄUMIGE SOZIALSTRUKTUR UND DIE ZURÜCKWEISUNG VON WAHLBRIEFEN

Tabelle 2 präsentiert die Ergebnisse von fünf Regressionsmodellen mit dem Anteil zurückgewiesener Wahlbriefe in den Bremer Ortsteilen als abhängiger Variable. In Modell 1 sind nur die fixen Effekte für die drei Wahlgänge berücksichtigt, in den Modellen 2–5 werden die Strukturmerkmale der Ortsteile geprüft.

Mit Blick auf Modell 1 kann zunächst festgestellt werden, dass der Anteil zurückgewiesener Wahlbriefe bei der gemeinsamen Bürgerschafts- und Europawahl 2019 signifikant höher liegt als bei der Bundestagswahl 2017. Die verschiedenen Grundwahrscheinlichkeiten von Formfehlern lassen sich vermutlich auf die unterschiedlich zusammengesetzten Wählerschaften bei den drei Wahlen zurückführen (vgl. Nyhuis, 2021). So sind bei der Europawahl alle Unionsbürger wahlberechtigt. Höhere Ausländeranteile könnten aus

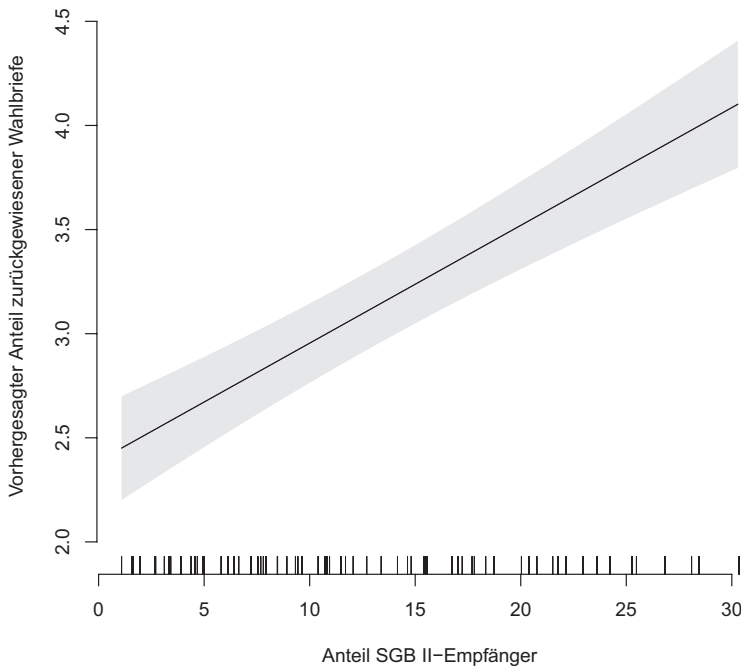
**TABELLE 2** Determinanten zurückgewiesener Wahlbriefe.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Model 5
Anteil Arbeitslose		0.19* (0.03)			
Anteil SGB II-Empfänger/innen			0.06* (0.01)		
Steueraufkommen				-0.07* (0.01)	
Strukturelle Deprivation					0.29* (0.04)
Bürgerschaftswahl 2019	1.15* (0.15)	1.16* (0.14)	1.16* (0.13)	1.15* (0.14)	1.16* (0.13)
Europawahl 2019	0.76* (0.15)	0.77* (0.14)	0.77* (0.13)	0.77* (0.14)	0.77* (0.13)
Konstante	1.97* (0.11)	1.08* (0.15)	1.23* (0.13)	2.37* (0.12)	1.96* (0.09)
N	221	221	221	221	221
R2	0.22	0.38	0.39	0.32	0.40

Bemerkungen: OLS-Regressionen mit geclusterten Standardfehlern auf der Ebene der Bremer Ortsteile. Abhängige Variable: Anteil zurückgewiesener Wahlbriefe in den Bremer Ortsteilen. Die Referenzkategorie für den Wahlgang ist die Bundestagswahl 2017. Die Standardfehler sind in Klammern angegeben. \*p < 0.001.

verschiedenen Gründen zu mehr Formfehlern führen, etwa durch Sprachbarrieren oder eine fehlende Vertrautheit mit dem deutschen Europawahlssystem. Bei der Bürgerschaftswahl liegt als Grund für die höheren Zurückweisungsrate die Absenkung des Wahlalters auf 16 nahe, die in Bremen seit der Wahlrechtsreform 2011 gilt (Probst & Gattig, 2012), so dass der Anteil von unerfahrenen Wählerinnen und Wählern bei Bremer Bürgerschaftswahlen besonders hoch ist. Die gemeinsame Durchführung der beiden Wahlgänge mag ein weiterer Grund für höhere Zurückweisungsrate sein. Das ohnehin schon komplexe Briefwahlverfahren wurde durch zwei Sätze Briefwahlunterlagen weiter erschwert, was bei einigen Wählerinnen und Wählern womöglich zu Irrtümern geführt hat. Insgesamt sind die unterschiedlichen Grundwahrscheinlichkeiten von Formfehlern bei den drei Wahlgängen auch nach Kontrolle für die verschiedenen Strukturmerkmale hoch konsistent. Dabei sind sowohl die Effekte der Wahlgänge als auch die inhaltlich interessierenden Variablen signifikant von Null verschieden.

In Modell 2 kann durch Einbezug der Arbeitslosenquote eine erhebliche Verbesserung der Modellgüte erreicht werden. So kann allein durch den Wahlgang und die Arbeitslosenquote im Ortsteil 38 Prozent der Varianz erklärt werden. Inhaltlich ist der Koeffizient so zu interpretieren, dass der vorhergesagte Anteil zurückgewiesener Wahlbriefe um etwa einen Prozentpunkt steigt, wenn die Arbeitslosenquote im Ortsteil um fünf Prozentpunkte steigt. Vergleichbare und statistisch ebenfalls hoch signifikante Zusammenhänge ergeben sich bei der Analyse des Anteils von Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern nach dem SGB II (Modell 3) und dem Steueraufkommen im Ortsteil (Modell 4). Während der Anteil von Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern positiv mit dem Anteil von Formfehlern bei der Briefwahl zusammenhängt, besteht erwartungsgemäß ein gegenläufiger Effekt für das lokale Steueraufkommen. Die drei Indikatoren wurden in einem Index struktureller Deprivation zusammengefasst, dessen Effekt in Modell 5 geschätzt wird. Der positive Effekt zeigt auch hier, dass strukturelle Deprivation mit einem höheren Anteil zurückgewiesener



**ABBILDUNG 1** Vorhergesagter Anteil zurückgewiesener Wahlbriefe.

Bemerkungen: Die Vorhersagen für den Anteil zurückgewiesener Wahlbriefe basieren auf Modell 3 in [Tabelle 2](#). Der schattierte Bereich repräsentiert das 95-Prozent-Konfidenzintervall. Auf der X-Achse sind die empirischen Werte des Anteils von SGB II-Empfängerinnen und Empfängern in den Bremer Ortsteilen angegeben. Die Vorhersagen wurden für die Bürgerschaftswahl 2019 getroffen.

Briefwahlstimmen einhergeht. Das Modell weist mit 40 Prozent erklärter Varianz die höchste Erklärungskraft auf.<sup>4</sup>

Um die Ergebnisse greifbarer zu machen, wurden die vorhergesagten Anteile zurückgewiesener Wahlbriefe für das Modell mit dem Anteil von Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern im Ortsteil geschätzt. Zwar stellt der Deprivationsindex einen umfassenderen Indikator dar, jedoch ist der Anteil von SGB-II Empfängerinnen und Empfängern intuitiv besser zu interpretieren. Die Vorhersagen für die Bürgerschaftswahl sind zusammen mit dem 95-Prozent-Konfidenzintervall in [Abbildung 1](#) dargestellt. Die vorhergesagten Werte liegen zwischen 2.5 Prozent im Ortsteil mit der niedrigsten Leistungsempfängerquote (1.1 Prozent) und 4.1 Prozent im Ortsteil mit der höchsten Quote (30.3 Prozent). Dabei stellen beide Extreme durchaus keine Ausreißer in den Strukturmerkmalen der Bremer Ortsteile dar, wie aus den auf der X-Achse abgebildeten empirischen Häufigkeiten der Leistungsempfängerquote deutlich wird.

Zusammenfassend kann somit geschlossen werden, dass der vermutete Zusammenhang zwischen der sozialen Deprivation im Ortsteil und dem Anteil zurückgewiesener Wahlbriefe besteht. Dabei ist es zwar unwahrscheinlich, dass Wahlergebnisse durch zurückgewiesene Wahlbriefe nennenswert beeinflusst werden. So wurden in den untersuchten Bremer Ortsteilen bei der Bürgerschaftswahl 2019 beispielsweise 3.2 Prozent aller Wahlbriefe zurückgewiesen.

<sup>4</sup>Da die Werte der abhängigen Variable am oberen und unteren Rand zensiert sind, wurden als Robustheitstest Tobit-Regressionen für alle Modelle geschätzt (siehe Anhang), die zu identischen Befunden führen wie die OLS-Regressionen.

Bei einem Briefwähleranteil von etwa einem Drittel<sup>5</sup> – eine mittlerweile typische Größenordnung für Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland (Wagner & Lichteblau, 2022) – blieben ohne Berücksichtigung der verspäteten Wahlbriefe also rund ein Prozent der Wahlbriefe ungewertet. Aus demokratietheoretischer Sicht ist es dennoch ein bedenklicher Befund, dass in Gegenden hoher struktureller Deprivation mehr Stimmen aufgrund von Formfehlern verloren gehen als in Gegenden niedriger struktureller Deprivation. Im Übrigen sind derartige Effekte kumulativ zu verstehen, sodass sozial benachteiligte Wählerinnen und Wähler sich weniger häufig an der Wahl beteiligen und im Falle der Beteiligung dann ebenfalls häufiger an institutionellen Hürden scheitern.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die vorliegende Arbeit knüpft an zwei Diskussionssträngen der jüngeren Politikwissenschaft an. Zum einen wurde in verschiedenen Beiträgen die sinkende Wahlbeteiligung problematisiert, die zu einer Verschärfung der sozialen Spreizung zwischen Wählerinnen und Wählern sowie Nichtwählerinnen und Nichtwählern geführt hat (Schäfer et al., 2016) und die mit Ungleichgewichten in der politischen Repräsentation einhergeht (Elsässer et al., 2021; Gilens, 2005). Zum anderen gibt es eine vielgestaltige Forschung zu institutionellen Wahlhürden, die bestehende Schief lagen in der Zusammensetzung der Wählerschaft noch verschärfen (Alvarez et al., 2008; Kimball & Kropf, 2005). Darauf aufbauend wurde hier auf einen bisher unbeachteten Effekt der immer häufigeren Briefwahl hingewiesen. Da die Briefwahl deutlich komplexer ist als die Urnenwahl, bleiben zahlreiche Wahlbriefe aufgrund von Formfehlern ungewertet. Es wurde argumentiert, dass entsprechende Hürden in Gegenden relativer struktureller Deprivation besonders häufig zu fehlerhaften Stimmabgaben führen und bestehende Ungleichgewichte in der Wahlteilnahme weiter verschärfen.

Auf Grundlage einer Auswertung der fehlerhaften Wahlbriefe bei drei Wahlen in der Stadt Bremen konnte der vermutete Zusammenhang zwischen struktureller Deprivation und der Wahrscheinlichkeit von Formfehlern nachgewiesen werden. Wie in vergleichbarer Forschung zu den Effekten institutioneller Hürden auf die Zusammensetzung der Wählerschaft konnte auch hier gezeigt werden, dass selbst vermeintlich kleine Hürden die bestehende soziale Schichtung der Wählerschaft weiter verschärfen.

Trotz konsistenter Effekte über die verschiedenen Modelle hinweg bestehen Einschränkungen der Datenbasis. Zunächst liegen der Arbeit keine Individualdaten zugrunde. Neben der allgemeinen ökologischen Inferenzproblematik bei der Analyse von Aggregatdaten entstehen bei den hier ausgewerteten Daten vor allem zwei Arten von Selektionseffekten, durch die ein systematischer Einfluss auf das Ergebnis zu erwarten ist. Erstens beteiligen sich nicht alle Wahlberechtigten an der Wahl und zweitens nehmen nicht alle Wählerinnen und Wähler ihr Wahlrecht über die Briefwahl wahr. Mit Blick auf die bestehende Forschung steht zu erwarten, dass die hier betrachteten Merkmale struktureller Deprivation sowohl mit der Teilnahmewahrscheinlichkeit als auch mit der Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe per Wahlbrief zusammenhängen (Faas, 2013; Wagner & Lichteblau, 2022). Da beide Selektionseffekte die strukturelle Deprivation der verbleibenden Teilmenge an Briefwählerinnen und Briefwählern eher verringern als erhöhen, handelt es sich bei der Analyse um eine eher konservative Schätzung. Mit anderen Worten: Trotz der bestehenden Selektionseffekte konnten systematische Zusammenhänge zwischen der

<sup>5</sup>Bei der Bürgerschaftswahl 2019 lag der offizielle Briefwähleranteil bei 29,3 Prozent. Da die zurückgewiesenen Wahlbriefe als nicht abgegeben gewertet werden, müssen die zurückgewiesenen Wahlbriefe hinzugezogen werden, um den tatsächlichen Briefwähleranteil zu bestimmen.

sozialen Deprivation im Ortsteil und dem Anteil formal fehlerhafter Wahlbriefe nachgewiesen werden. Im hypothetischen Fall einer Wahl mit Wahlpflicht und der ausschließlichen Stimmabgabe per Wahlbrief würden zum einen Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisiert und zum anderen bisherige Urnenwählerinnen und Urnenwähler zur Briefwahl verpflichtet. In der Folge würden mehr sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen und wären zugleich mit dem komplexeren Briefwahlverfahren konfrontiert. In diesem Fall wäre also mit noch stärkeren Effekten sozialer Deprivation auf den Anteil an Formfehlern zu rechnen.

Darüber hinaus führt die hier verwendete Datengrundlage zu einer Unterschätzung des Anteils von Wahlbriefen mit Formfehlern. Da Daten über das Aufkommen zurückgewiesener Wahlbriefe den Niederschriften entnommen wurden, die unmittelbar nach der Auszählung der Wahl angefertigt werden, können aufgrund verspäteten Eingangs zurückgewiesene Wahlbriefe hier nicht berücksichtigt werden. Der geschätzte Anteil verspäteter Wahlbriefe an allen zurückgewiesenen Wahlbriefen kann mit rund 20 Prozent beziffert werden (siehe Fußnote 1), sodass die wahre Zurückweisungsquote in dieser Arbeit unterschätzt wird. Dabei kann jedoch keine Aussage darüber getroffen werden, ob auch bei diesen Wahlbriefen ein Zusammenhang zwischen struktureller Deprivation und Formfehlern besteht, oder ob die verspätet eingegangenen Wahlbriefe lediglich die Grundwahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Briefwahlstimme erhöhen.

Zwei Konsequenzen ergeben sich aus der Analyse. Zunächst unterstreicht der beobachtete Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und der Häufigkeit zurückgewiesener Wahlbriefe die Notwendigkeit, Daten über Formfehler bei der Briefwahl in der Wahlstatistik auszuweisen. Zusammen mit den ungültigen Briefwahlstimmen liegt der Anteil ungewerteter Wahlbriefe klar über dem Anteil ungültiger Urnenwahlstimmen (Nyhuis, 2021). Im Sinne der Transparenz der Wahl sollten Wählerinnen und Wähler nachvollziehen können, wie häufig Wahlbriefe nicht zur Wahl zugelassen werden und dass Stimmen durch Formfehler besonders häufig in Gegenden verloren gehen, die ohnehin von niedriger Wahlbeteiligung betroffen sind.

Auch die weitere Forschung zu ungewerteten Briefwahlstimmen und deren Determinanten wird durch entsprechende Daten auf eine solidere Basis gestellt. Konkret sollten die Zahl der zurückgewiesenen Wahlbriefe und deren Gründe künftig auf der Ebene der Wahlbezirke ausgewiesen werden. Der Verwaltungsaufwand durch die vorgeschlagene Änderung der Wahlstatistik ist überschaubar, da die benötigten Daten in den Wahlämtern bereits vorliegen, bisher aber nicht veröffentlicht werden. Erweitert werden sollten diese Zahlen um die verspätet eingegangenen Wahlbriefe, da auch an dieser Stelle eine nicht unerhebliche Zahl an Briefwahlstimmen verloren geht.

Mit Blick auf die weitere Forschung scheint besonders die längsschnittliche Perspektive auf Formfehler bei der Briefwahl lohnenswert. Durch die massive Ausweitung der Briefwahl in den vergangenen Jahrzehnten können mit einem längsschnittlichen Vergleich wichtige Rückschlüsse über die sozialstrukturellen Determinanten ungewerteter Wahlbriefe gewonnen werden. Auf Basis der vorliegenden Arbeit liegen steigende Anteile von zurückgewiesenen Wahlbriefen auf der Hand, wenn immer breitere Wählerschichten von der Briefwahl Gebrauch machen. Da Zahlen zum Aufkommen zurückgewiesener Wahlbriefe bisher nicht veröffentlicht werden, sind der Untersuchung solcher Forschungsfragen enge Grenzen gesetzt. Doch selbst der querschnittliche Vergleich mit weiteren Gemeinden kann wichtige Einsichten über die sozialstrukturellen Determinanten von Formfehlern bei der Briefwahl liefern.

Ein weiteres Forschungsdesiderat besteht im Hinblick auf die vergleichende Forschung zu Formfehlern bei der Briefwahl, da es klare Grenzen im Hinblick auf die Generalisierbarkeit der Ergebnisse einer Fallstudie gibt. Dabei sind Formfehler ein natürlicher Bestandteil jedes Briefwahlsystems. So werden fehlerhaft ausgefüllte Briefwahlunterlagen beispielsweise

auch in den USA oder in der Schweiz bereits vor der eigentlichen Auszählung aussortiert. Während einzelne Studien auf das Phänomen zurückgewiesener Wahlbriefe in den USA und in Deutschland hingewiesen haben, ist dieses Phänomen in den meisten Ländern noch völlig unbeachtet. Neben weiteren Fallstudien ist aber auch die vergleichende Perspektive entscheidend. Besonders die Frage nach der Häufigkeit zurückgewiesener Wahlbriefe in unterschiedlichen Briefwahlsystemen, und ob bestimmte institutionelle Regelungen die Wahrscheinlichkeit formal fehlerhafter Wahlbriefe beeinflussen, ist von zentralem Interesse.

Die zweite Empfehlung, die sich aus dieser Arbeit ergibt, ist die systematische Prüfung der Eignung deutscher Briefwahlunterlagen. Nicht nur werden Wahlbriefe aufgrund von Formfehlern vielfach nicht zur Wahl zugelassen; bestimmte Wählergruppen sind von solchen Formfehlern besonders stark betroffen. Selbst bei Beibehaltung grundlegender Prinzipien können die Briefwahlunterlagen mit dem Ziel überarbeitet werden, den Anteil von Formfehlern zu senken. Dabei ist zu betonen, dass die Gestaltung der Briefwahlunterlagen keiner bundeseinheitlichen Regelung unterliegt, sondern von den Bundesländern eigenständig vorgenommen wird. Insgesamt kann eine erhebliche Varianz der bei deutschen Wahlen verwendeten Briefwahlunterlagen konstatiert werden (Nyhuis et al., 2021). Die Vielfalt der Briefwahlunterlagen legt die Vermutung nahe, dass manche Unterlagen zu mehr Formfehlern führen als andere. Die Varianz deutet ebenfalls darauf hin, dass die deutschen Briefwahlunterlagen im Regelfall keiner systematischen Prüfung unterzogen werden, sondern sich schlicht aus der gewohnten Praxis ergeben. An dieser Stelle kann die empirische Sozialforschung wichtige Hinweise darüber liefern, wie Briefwahlunterlagen ausgestaltet sein sollten, um die Wahrscheinlichkeit von Formfehlern nach Möglichkeit zu verringern.

## ACKNOWLEDGMENTS

Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bremer Landesamtes für Statistik, die sich um die Zusammenstellung der hier ausgewerteten Daten bemüht haben. Für hilfreiche Rückmeldungen zu diesem Projekt danken wir Lion Behrens, Thomas Gschwend, Frederik Springer und Lukas Stoetzer. Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

## DATA AVAILABILITY STATEMENT

The data that support the findings of this study are openly available in Zenodo at <https://zenodo.org/doi/10.5281/zenodo.10281385>.

## ORCID

Dominic Nyhuis  <https://orcid.org/0000-0001-6790-4117>

Morten Harmening  <https://orcid.org/0000-0002-5223-4920>

Tilko Swalve  <https://orcid.org/0009-0001-4848-4011>

## LITERATUR

- Alish, M. (2018). Sozialräumliche Segregation: Ursachen und Folgen. In E.-U. Huster, J. Boeckh, & H. Mogge-Grotjahn (Eds.), *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung* (pp. 503–522). Springer VS.
- Alvarez, R. M., Hall, T. E., & Sinclair, B. (2008). Whose absentee votes are returned and counted: The variety and use of absentee ballots in California. *Electoral Studies*, 27(4), 673–683.
- Armingeon, K., & Schädel, L. (2015). Social inequality in political participation: The dark side of individualisation. *West European Politics*, 38(1), 1–27.
- Baasen, G. (2005). *Der unbekannte Ungültigwähler: Protest oder Unvermögen? Ergebnisse der Untersuchung ungültiger Stimmzettel bei der Europawahl 2004 in Berlin*. Berliner Statistik. Monatsschrift 9/05.
- Barreto, M. A., Streb, M. J., Marks, M., & Guerra, F. (2006). Do absentee voters differ from polling place voters? New evidence from California. *Public Opinion Quarterly*, 70(2), 224–234.
- Bhatti, Y. (2012). Distance and voting: Evidence from Danish municipalities. *Scandinavian Political Studies*, 35(2), 141–158.

- Buchler, J., Jarvis, M., & McNulty, J. E. (2004). Punch card technology and the racial gap in residual votes. *Perspectives on Politics*, 2(3), 517–524.
- Buchstein, H. (2000). Präsenzwahl, Briefwahl, Onlinewahl und der Grundsatz der geheimen Stimmabgabe. *Zeitschrift Für Parlamentsfragen*, 31(4), 886–902.
- Bundesamt für Statistik. (2020). *Zahl der Empfängerinnen und Empfänger sozialer Mindestsicherung 2019 um 4,6% gesunken*. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20\\_434\\_228.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_434_228.html)
- Cantoni, E. (2020). A precinct too far: Turnout and voting costs. *American Economic Journal: Applied Economics*, 12(1), 61–85.
- Eith, U., & Waldvogel, T. (2021). Die baden-württembergische Landtagswahl vom 14. März 2021: Grüne festigen Position vor CDU. *Zeitschrift Für Parlamentsfragen*, 52(3), 500–519.
- Ellermann, S. (2004). Die Bedeutung der Briefwähler bei der Bundestagswahl 2002. In F. Brettschneider, J. van Deth, & E. Roller (Eds.), *Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes* (pp. 249–275). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A. (2021). Not just money: Unequal responsiveness in egalitarian democracies. *Journal of European Public Policy*, 28(12), 1890–1908.
- Faas, T. (2013). Wahlbeteiligung. In J. W. van Deth & M. Tausendpfund (Eds.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen* (pp. 413–440). Springer VS.
- Fatke, M., & Heinsohn, T. (2017). Invalid voting in German constituencies. *German Politics*, 26(2), 273–291.
- Friedrichs, J., & Triemer, S. (2009). *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gallego, A. (2007). Unequal political participation in Europe. *International Journal of Sociology*, 37(4), 10–25.
- Giebler, H. (2014). Die Briefwähler. In H. Rattinger, S. Roßteutscher, R. Schmitt-Beck, B. Weßels, & C. Wolf (Eds.), *Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013* (pp. 169–177). Nomos.
- Gilens, M. (2005). Inequality and democratic responsiveness. *Public Opinion Quarterly*, 69(5), 778–796.
- Heinrich, R., Merz, S., & Simon, A. M. (2021). Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 14. März 2021: Populäre Ministerpräsidentin sichert erneut SPD-Erfolg. *Zeitschrift Für Parlamentsfragen*, 52(3), 481–499.
- Hellmann, D., Nyhuis, D., & Münchow, F. (2021). *Wenn die Stimme zu spät kommt: Aufkommen und Determinanten des verspäteten Eingangs von Wahlbriefen*. DVPW-Kongress.
- Herron, M. C., & Sekhon, J. S. (2003). Overvoting and representation: An examination of overvoted presidential ballots in Broward and Miami-Dade counties. *Electoral Studies*, 22(1), 21–47.
- James, T. (2010). Electoral administration and voter turnout: Towards an international public policy continuum. *Representation*, 46(4), 369–389.
- Karp, J. A., & Banducci, S. A. (2001). Absentee voting, mobilization, and participation. *American Politics Research*, 29(2), 183–195.
- Kersting, N. (Ed.). (2008). *Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersting, N. (2019). Wahlgeheimnis vor dem Aus? Globaler Normenwandel. *Zeitschrift Für Parteienwissenschaften*, 25(2), 212–219.
- Kimball, D. C., & Kropf, M. (2005). Ballot design and unrecorded votes on paper-based ballots. *Public Opinion Quarterly*, 69(4), 508–529.
- Knack, S., & Kropf, M. (2003). Roll-off at the top of the ballot: Intentional undervoting in American presidential elections. *Politics and Policy*, 31(4), 575–594.
- Knop, B. (2002). *Rücklauf der ausgestellten Wahlscheine*. Berliner Statistik. Monatsschrift 10/02.
- Kouba, K., & Lysek, J. (2019). What affects invalid voting? A review and meta-analysis. *Government and Opposition*, 54(4), 745–775.
- Krimmel, I. (2022). Die Beteiligung an Wahlen im Land Bremen. In L. Probst, M. Güldner, & A. Klee (Eds.), *Politik und Regieren in Bremen* (pp. 281–293). Springer VS.
- Lichteblau, J., & Wagner, A. (2019). Die Briefwähler. In S. Roßteutscher, R. Schmitt-Beck, H. Schoen, B. Weßels, & C. Wolf (Eds.), *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017* (pp. 169–180). Nomos.
- Linden, M. (2016). Beziehungsgleichheit als Anspruch und Problem politischer Partizipation. *Zeitschrift Für Politikwissenschaft*, 26, 173–195.
- Martinez I Coma, F., & Werner, A. (2019). Compulsory voting and ethnic diversity increase invalid voting while corruption does not: An analysis of 417 parliamentary elections in 73 countries. *Democratization*, 26(2), 288–308.
- McAllister, I., & Makkai, T. (1993). Institutions, society or protest? Explaining invalid votes in Australian elections. *Electoral Studies*, 12(1), 23–40.
- Nie, N. H., Junn, J., & Stehlik-Barry, K. (1996). *Education and democratic citizenship in America*. University of Chicago Press.

- Nyhuis, D. (2014). Mehr Stimmen gleich bessere demokratische Qualität? Negative Effekte der Komplexität des Wahlrechts auf die Zusammensetzung der Wählerschaft. *Zeitschrift Für Politikwissenschaft*, 24(3), 255–280.
- Nyhuis, D. (2021). Bequem, aber fehleranfällig: Die Dunkelziffer ungewerteter Briefwahlstimmen. *Politische Vierteljahresschrift*, 62(4), 597–619.
- Nyhuis, D., Harmening, M., & Swalve, T. (2024). *Data for paper: Wie institutionelle Hürden die soziale Schichtung der Wahl verschärfen: Das Beispiel von Formfehlern bei der Briefwahl*. Zenodo. <https://doi.org/10.5281/zenodo.10281386>
- Nyhuis, D., Jankowski, M., Münchow, F., Harmening, M., Bruns, J., Holly, M., Karacic, J., & Hönnige, C. (2021). Stimmzettel nutzerfreundlicher gestalten: Empfehlungen auf Grundlage eines Survey-Experimentes. *Politische Vierteljahresschrift*, 62, 93–119.
- Pachón, M., Carroll, R., & Barragán, H. (2017). Ballot design and invalid votes: Evidence from Colombia. *Electoral Studies*, 48, 98–110.
- Pollex, J., Block, S., Gross, M., Nyhuis, D., & Velimsky, J. A. (2021). Ein zunehmend bunter Freistaat: Die Analyse der bayerischen Kommunalwahlen im März 2020 unter besonderer Berücksichtigung der kreisfreien Städte. *Zeitschrift Für Parlamentsfragen*, 52(1), 78–94.
- Probst, L., & Gattig, A. (2012). *Das neue Wahlsystem in Bremen: Auswertung und Analyse der Kommunikationskampagne und der Wirkungen des neuen Wahlsystems*. Bremische Bürgerschaft.
- Rippl, S., & Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung: Eine vergleichende Analyse. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57(4), 644–666.
- Schäfer, A. (2011). Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? In E. Bytcek & S. Roßteutscher (Eds.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen* (pp. 133–154). Campus.
- Schäfer, A., & Roßteutscher, S. (2015). Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl. In K.-R. Korte (Ed.), *Die Bundestagswahl 2013: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung* (pp. 98–118). Springer VS.
- Schäfer, A., & Schoen, H. (2013). Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. *Leviathan*, 41(1), 94–120.
- Schäfer, A., Schwander, H., & Manow, P. (2016). Die sozial “auffälligen” Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013. In H. Schoen & B. Wefels (Eds.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013* (pp. 21–44). Springer VS.
- Sinclair, D. E., & Alvarez, R. M. (2004). Who overvotes, who undervotes, using punchcards? Evidence from Los Angeles county. *Political Research Quarterly*, 57(1), 15–25.
- Tomz, M., & van Houweling, R. P. (2003). How does voting equipment affect the racial gap in voided ballots? *American Journal of Political Science*, 47(1), 46–60.
- Vetter, A. (Ed.). (2008). *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wagner, A., & Lichteblau, J. (2022). Germany going postal? Comparing postal and election day voters in the 2017 German federal election. *German Politics*, 31(4), 602–625.
- Wolfinger, R. E., & Rosenstone, S. J. (1980). *Who votes?* Yale University Press.

## AUTHOR BIOGRAPHIES

**Dominic Nyhuis** is Professor for Quantitative Political Science Methods at Leibniz University Hannover. His research focuses on legislative and party politics, as well as politics at the subnational and local level, with a particular geographic emphasis on Germany. He is also interested in novel methods in the social sciences. [d.nyhuis@ipw.uni-hannover.de](mailto:d.nyhuis@ipw.uni-hannover.de)

**Morten Harmening** is a Research Associate and PhD candidate at the Department of Political Science at the Leibniz Universität Hannover. He is interested in comparative politics, parliamentarism and quantitative methods. [m.harmening@ipw.uni-hannover.de](mailto:m.harmening@ipw.uni-hannover.de)

**Tilko Swalve** is a Postdoctoral Researcher at Leibniz University Hannover. His work focuses on judicial politics, comparative political science, and political economy. [t.swalve@ipw.uni-hannover.de](mailto:t.swalve@ipw.uni-hannover.de)



## SUPPORTING INFORMATION

Additional supporting information can be found online in the Supporting Information section at the end of this article.

**How to cite this article:** Nyhuis, D., Harmening, M. & Swalve, T. (2024). Wie institutionelle Hürden die soziale Selektivität der Wahl verschärfen: Das Beispiel von Formfehlern bei der Briefwahl. *Swiss Political Science Review*, 30, 309–324. <https://doi.org/10.1111/spsr.12609>